

Mitte April ist bekannt geworden, dass die Post an zahlreichen Standorten weitere Filialen ihres Geschäftsnetzes zu schliessen plant. Bereits in den vergangenen Jahren hat ein Abbau von postalischen Grundleistungen an einzelnen Standorten stattgefunden. So können in der Poststelle Bruderholz beispielsweise keine Einzahlungen mehr getätigt werden. Nun soll die Poststelle Bruderholz ganz aufgehoben werden, des Weiteren sind im Kanton Basel-Stadt die Filialen Luzernerring und Bettingen von einer Schliessung bedroht. Die Post begründet ihre Schliessungsankündigung mit stetiger Abnahme des Kundenverkehrs. Den Sparbemühungen der Post steht aber entgegen, dass die Post als öffentlich-rechtliches Unternehmen einen Service-public-Auftrag zur Erbringung postalischer Grundleistungen hat. In Wohngebieten wie beispielsweise dem Bruderholz gibt es zahlreiche betagte Menschen sowie Familien mit kleinen Kindern. Es ist für diese wichtig, eine Poststelle zur Nutzung alltäglicher postalischer Dienstleistungen in der Nähe zu haben. Die Poststelle muss zu Fuss erreichbar sein. Es darf nicht sein, dass man mehrere Tramstationen fahren muss, um einen eingeschriebenen Brief abzuholen.

Angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise mit rasant steigenden Arbeitslosenzahlen trägt die Post als öffentlich-rechtliches Unternehmen zudem eine besondere Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitenden.

Ich bitte die Regierung daher, mir die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Will sich die Regierung bei der Post dafür einsetzen, dass alle Standorte auf Kantonsgebiet erhalten bleiben?
2. Welche Distanz zur Erreichung der nächstgelegenen Poststelle ist nach Ansicht der Regierung zumutbar?
3. Wird angestrebt, dass möglichst bald an allen Standorten der Postfilialen das gesamte Angebot der postalischen Grundversorgung, einschliesslich der Möglichkeit von Einzahlungen und Überweisungen, in Anspruch genommen werden kann?
4. Hat die Post in entsprechenden Gesprächen gegenüber dem Kanton Handlungsbereitschaft gezeigt?
5. Bemüht sich die Regierung, zu entsprechenden Gesprächen Vertreterinnen und Vertreter der Quartiervereine und der im Quartier ansässigen Gewerbebetreibenden beizuziehen?
6. Muss nach Einschätzung der Regierung im Falle der Schliessung von Postfilialen mit Entlassungen von Post-Mitarbeitenden gerechnet werden?
7. Auf welche Weise gedenkt die Regierung im Falle drohender Entlassungen die Post an ihre soziale Verantwortung als Arbeitgeberin zu erinnern?

Sibylle Benz Hübner